



Odeonsplatz 14, 80539 München,
Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: info@wbu.de
Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

Positionspapier

**„Ist weiteres Wachstum verantwortbar?“
Zur Frage nach seinen Grenzen**

Dr. Otto Wiesheu

München, im Januar 2013

„Wer täglich Braten isst, kann leicht von trocken Brot reden“ – so lautet ein altes Sprichwort. Die wachstumskritischen Stimmen werden in Phasen der Hochkonjunktur meist lauter. Unter anderem resultiert daraus nicht selten eine ablehnende Haltung gegenüber großen Infrastrukturprojekten. In wirtschaftlichen Krisenzeiten rückt dagegen die Frage in den Vordergrund, wie neues Wachstum geschaffen werden kann – gut zu beobachten derzeit in den krisengebeutelten Ländern der Eurozone.

Die Frage nach den Grenzen des Wachstums ist erstmals vor gut 40 Jahren vom Club of Rome aufgeworfen worden. Manches ist anders gekommen, als damals prognostiziert. Aber das Thema ist damit nicht aus der Welt. Unabhängig von der Konjunkturlage müssen wir uns damit immer wieder auseinandersetzen und aus einer gründlichen Analyse die notwendigen Konsequenzen für das praktische wirtschaftspolitische Handeln ableiten.

Ich stelle dazu sechs Thesen zur Diskussion:

1. Rückgang oder Stagnation sind nicht erstrebenswert; weiteres Wirtschaftswachstum ist wünschenswert und notwendig.

Stagnation oder Rezession bedeuten zwangsläufig Arbeitsplatzverluste. Bei anhaltendem Produktivitätsfortschritt lässt sich eine gleichbleibende oder rückläufige gesamtwirtschaftliche Leistung mit weniger Arbeitskräften erzielen. Die Arbeitslosigkeit steigt. Wir kennen das aus allen wirtschaftlichen Schwächephase, die hinter uns liegen. Steigende Arbeitslosigkeit führt zu wachsenden gesellschaftlichen Spannungen. Für die betroffenen Arbeitnehmer ist der Verlust des Arbeitsplatzes eine der höchsten Formen des „Unglücks“. Die moderne ökonomische Glücksforschung lässt daran keinen Zweifel.

Die Produktivität künstlich zu drosseln, also gezielt unproduktiver zu werden, um den Beschäftigungsstand zu halten, ist im globalen Wettbewerb schlicht nicht möglich. Schon wer still steht, wird zum Globalisierungsverlierer. Ebenso sind der Flucht in kürzere Arbeitszeiten (30-Stunden-Woche, Frühverrentung etc.) enge Grenzen gesetzt. Diese Strategie würde ohne Gefährdung der Arbeitsplätze nur bei entsprechenden Lohneinbußen funktionieren. Viele Arbeitnehmer können und wollen sie sich nicht leisten.

Bei schrumpfender Wirtschaft werden die Verteilungsspielräume zwangsläufig kleiner. Irgendjemand muss den Gürtel enger schnallen. Dies eröffnet eine zweite Quelle für gesellschaftliche Spannungen und persönliches „Unglück“. Die unteren Einkommenschichten haben nichts oder wenig zuzusetzen. Für die Mittelschicht sind Einbußen an Lebensstandard ebenfalls schmerzlich. Das Steuersystem schafft in hohem Umfang einen Ausgleich auch bei den Gutverdienern. Es zu verschärfen, provoziert im Ergebnis Kapitalflucht, wie das Beispiel Frankreich gerade beweist.

Nicht zuletzt sinken mit rückläufiger Wirtschaftsleistung auch die Steuereinnahmen und die Einnahmen der Sozialkassen. Dies wiederum zwingt zu unbequemen, vielfach

harten Kürzungen und Einsparungen zu Lasten der Zukunftssicherung und des sozialen Zusammenhalts. Die Staatverschuldung kann nicht grenzenlos ausgeweitet werden. Sie wird schwerer finanzierbar, wie in einer Reihe von EU-Staaten zu sehen ist.

In der Zusammenschau bedeutet dies: Dauerhafter Verzicht auf Wachstum führt zu beschäftigungs-, verteilungs- und gesellschaftspolitischen Problemen und Zerreißproben, die sich über kurz oder lang nicht mehr beherrschen lassen. Umgekehrt begünstigt Wachstum Vollbeschäftigung. Es sorgt durch steigende Einkommen für größere Spielräume in der Lebensgestaltung der Bürger. Darüber hinaus eröffnet es dem Staat über steigende Steuereinnahmen die Möglichkeit, mehr in die Zukunft zu investieren, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, die Umwelt zu pflegen und die Staatsschuld leichter zu bedienen. Das gilt natürlich nicht nur für Bayern und Deutschland, sondern für alle Länder dieser Erde, vor allem auch für die Entwicklungsländer, die aus der Armut herauskommen wollen. Wachstumsverzicht zu predigen, würde dort auf besonderes Unverständnis stoßen.

2. Ja zum Wachstum – aber das Wachstum muss zweifellos noch nachhaltiger werden.

Mein Plädoyer für weiteres Wachstum ist kein Plädoyer für „sozialistisches Tonnenwachstum“, für platten Materialismus. Wachstum in der Zukunft muss zweifellos noch nachhaltiger werden; d.h. umweltverträglicher, klimafreundlicher, ressourcenschonender. Ich betone dabei ganz bewusst noch. Blickt man zurück auf die 50er und 60er Jahre, werden die großen Fortschritte erkennbar, die wir in punkto Nachhaltigkeit in den letzten Jahrzehnten bereits erzielt haben. Die Luft ist sauberer geworden, die Gewässergüte hat zugenommen. Die Schadstoffeinträge in die Böden haben abgenommen. Wir gehen mit Energie und Rohstoffen deutlich sparsamer um als früher.

Weitere Fortschritte bei der Entkoppelung der Wirtschaftsentwicklung vom Ressourcen- und Umweltverbrauch sind vor allem durch die Erschließung entsprechender neuer Wachstumsfelder zu erreichen. Den Boden dafür müssen Wissenschaft und Forschung bereiten. Große Chancen liegen dabei nach wie vor in der Informations- und Kommunikationstechnik, also in der zunehmenden Digitalisierung von Produktion und Verbrauch. Ähnliches gilt für die Entwicklung neuer Materialien und die Nanotechnologie. Neues qualitativ anspruchsvolles Wachstum versprechen daneben auch die rote, weiße und grüne Biotechnologie und die Medizintechnik. Die Mobilität von morgen wird eine andere sein als die von heute. Bei der Sicherung einer verlässlichen, preisgünstigen und klimafreundlichen Energieversorgung richten sich die Hoffnungen nicht zuletzt auf die Energieforschung, d.h. auf die Entwicklung und Anwendung neuer Energietechniken, die für mehr Nachhaltigkeit sorgen.

Die Entwicklungs- und Schwellenländer wollen Anschluss an unseren Lebensstandard gewinnen. Daraus resultieren zusätzliche Anforderungen an künftiges Wachstum.

3. Zukunftssicherung erfordert einerseits, der Knappheit von Rohstoffen entgegenzuwirken, andererseits neue Materialien und Technologien und intelligente Verfahren zu entwickeln sowie die Energieversorgung langfristig von fossilen auf erneuerbare Energieträger umzustellen.

Im Kampf gegen drohende Rohstoffengpässe sind drei strategische Ansatzpunkte zu verfolgen: Zum einen muss – ungeachtet aller bereits erreichten Fortschritte im Kampf gegen Verschwendung – noch deutlich sparsamer bzw. effizienter mit dem Einsatz von Ressourcen umgegangen werden. Zum anderen sind für knapp werdende Rohstoffe Ersatzmaterialien zu entwickeln und einzusetzen. Drittens: Anzustreben ist eine Kreislaufwirtschaft, in der möglichst wenig verloren geht, auf Müllkippen wandert, in Böden, Luft und Gewässer diffundiert, sondern in der ein Großteil der eingesetzten Stoffe recycelbar ist und recycelt wird. Damit muss sich bereits das Produktdesign verstärkt befassen.

Die Energieversorgung längerfristig nicht nur im nationalen, sondern auch im globalen Maßstab weitgehend auf Erneuerbare umzustellen, ist auch aus meiner Sicht unabdingbar. Dazu gehört jedoch nicht nur ein massiver Aufwuchs bei der Energieerzeugung aus Photovoltaik, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie, sondern parallel und zwingend die Entwicklung und Nutzung neuer Technologien wie die Kernfusion oder die Weiterentwicklung der sogenannten Kugelhaufenreaktoren. Wir brauchen auch hier technologische Innovationen, ebenso bei den Speicherkapazitäten, um sonnen- und windarme Zeiten zu überbrücken. Hinzu kommen muss eine massive Steigerung der Energieeffizienz.

Die Energiewende, so wie sie nach Fukushima angelegt wurde und derzeit noch ziemlich unkoordiniert abläuft, ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluss. Und die Klimapolitik tritt dabei interessanter Weise in den Hintergrund.

4. Die Hauptrolle bei dem weitreichenden Strukturwandel hin zu noch größerer Nachhaltigkeit und damit zu einem „Wachstum 2.0“, wie der Club of Rome dies nennt, müssen Privatinitiative, Markt und Wettbewerb spielen. Der Staat wäre damit hoffnungslos überfordert.

Grundvoraussetzung für das Gelingen eines solchen Strukturwandels sind Innovationen, Innovationen und nochmals Innovationen. Die Kraft und die Fähigkeit dazu sind primär in Wissenschaft und Wirtschaft zu finden. Auf die Kreativität und den Initiativgeist der Unternehmen – vor allem auch der kleinen und mittleren Unternehmen – mobilisiert durch einen fairen Leistungswettbewerb kommt es entscheidend an. Darauf müssen wir vorrangig setzen. Staatlicher Dirigismus oder staatliche Planwirtschaft wären mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt.

Das Erfolgsrezept muss lauten: So viel Markt wie möglich und nur so viel Staat wie nötig. Im Rahmen der bewährten Sozialen Marktwirtschaft kann die Arbeitsteilung nur heißen: Der Staat beschränkt sich darauf, einen Rahmen für mehr Nachhaltigkeit zu setzen, die Wirtschaft füllt diesen Rahmen aus.

Im Idealfall läuft dies auf technologieneutrale staatliche Zielvorgaben hinaus. Wie diese Ziele erreicht werden, bleibt den Unternehmen überlassen. Nehmen wir als Beispiel die sehr dirigistische, wenig effiziente Förderung der Erneuerbaren Energien durch das EEG. Es spricht Vieles dafür, dieses System z.B. durch ein technikneutrales, effizienteres Quotenmodell zu ersetzen. Die Energiewende wird sonst zu teuer. Sie muss im Interesse von Wirtschaft und Verbrauchern so effektiv und kostengünstig wie möglich organisiert und realisiert werden.

5. Neben der Rahmgestaltung besteht die Aufgabe des Staates darin, die innovativen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken und offensiver zu fördern.

Das bedeutet zunächst einmal Investitionen in die Bildung – vor allem in die naturwissenschaftlich-technische Bildung. Vom Reden über mehr Ressourcen- und Energieeffizienz nimmt die Effizienz des Rohstoff- und Energieeinsatzes ja noch nicht zu. Dabei sind primär technische Kreativität und technische Lösungen gefragt. Dazu bedarf es entsprechend befähigter Menschen, in deren Wissen und Können die Bildungspolitik im schulischen, akademischen und beruflichen Bereich kräftig investieren muss.

Wir müssen parallel dazu Geld in die Forschung stecken: sowohl in die Grundlagenforschung als auch in die anwendungsnahe Forschung und Entwicklung. Damit beispielsweise die Energiewende umfassend funktionieren kann, sind noch viele Forschungsthemen zu bearbeiten (u.a. neue Formen der regenerativen Stromerzeugung, verbesserte Speicherung, „Smart grid“, Steigerung der Energieeffizienz von Maschinen und Gebäuden). Vielfach stehen wir hier erst noch am Anfang.

Der Technologietransfer ist flächendeckend zu intensivieren und auf die Entwicklungs- und Schwellenländer auszudehnen. Dem Club of Rome ist recht zu geben: Die reifen Industrieländer stehen in einer besonderen globalen Verantwortung – Deutschland mit seinen Ingenieurspotentialen, seiner Innovationskraft und seiner Fähigkeit zu komplexen Systemlösungen als Ideenschmiede an vorderster Front.

Innovationen kommen am Ende nur durch Neuinvestitionen „in die Welt“. Das ist der Grund dafür, warum ich seit Jahren für attraktive Abschreibungsbedingungen eintrete. Wo zu wenig neu investiert wird, gibt es auch keinen Fortschritt.

6. Nachhaltiges Wachstum darf nicht auf Bevormundung und Zwang beruhen. In der Sozialen Marktwirtschaft setzen wir auf Freiheit und Verantwortung.

Heikel wird es ordnungspolitisch da, wo grundlegende Veränderungen in den Konsummustern und in den Lebensstilen gefordert werden.

Zunächst einmal: Keine Einwände gegen selbstauferlegte Mäßigung im Konsum; nichts gegen ein Leitprinzip „Voluntary Simplicity“ (freiwillige Beschränkung auf ein einfaches Leben), wie es der Club of Rome heute postuliert – mit Betonung auf „Voluntary/ Freiwilligkeit“. Jeder hat das Recht, auf seine Weise glücklich zu werden. Man kann und

muss Glück und Zufriedenheit nicht in einem Leben suchen und finden, das dem Materialismus gewidmet ist.

Als Vertreter einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung müssen wir aber jeder Form von oktroyierter Askese entgegenreten. Der Staat ist nicht dazu aufgerufen und auch nicht dazu legitimiert, seinen Bürgern einen Lebensstil vorzuschreiben, den er für zukunftsfähig und nachhaltig ansieht. Das wäre gleichbedeutend mit Ökodiktatur, die wir ablehnen.

In der Sozialen Marktwirtschaft und in unserem Grundgesetz gehören Freiheit und Eigenverantwortung zu den zentralen, unabdingbaren Grundwerten. Sie müssen auch auf dem Weg in die Zukunft gelten, der von umweltverträglichem, klimafreundlichem, ressourcenschonendem Wachstum geprägt ist.

Der Schlüssel zu einem noch nachhaltigeren Wirtschaften liegt primär in der Problemlösungsfähigkeit von Wissenschaft und Technik. Auf diese Fähigkeiten müssen wir vertrauen. Sie müssen wir mobilisieren und fördern!